

**Monika Medick-Krakau u.a.:** „Die Außen- und Weltpolitik der USA“, in: Manfred Knapp/Gert Krell  
2004, S.92-135

Monika Medick-Krakau analysiert die oft als rätselhaft und unberechenbar erscheinende Außen- und Weltpolitik der USA in umfassender Weise. Zur Erklärung des Phänomens des Schwankens zwischen Isolationismus und liberalen bis hegemonialen Internationalismus mit uni- oder multilateralem Präferenzen, untersucht M.-K. die Strukturen des Politischen Systems und der Gesellschaft, den historischen Verlauf seit 1945, die außenpolitischen Entscheidungsprozesse und die Veränderungen durch die Geschehnisse des 11. September 2001.

Wichtigster Aspekt des Politischen Systems und der Gesellschaft ist, daß die Außenpolitik, aufgrund des spezifischen Verhältnisses von Politik und Gesellschaft, in beträchtlichem Ausmaß von innenpolitischen Vorgaben dominiert wird, deren Charakteristika 1.) die politische Macht kontrollierende und beschränkende Verfassungsordnung, 2.) die präsidentielle Demokratie und 3.) starker Einfluß gesellschaftlicher Akteure auf alle Gewalten sind. Tradition und Denkschulen geben die außenpolitischen Prämissen vom Schutz der Selbstbestimmung der amerikanischen Gesellschaft und Kosten- sowie Aufwandsreduzierung vor, was sich im Schwanken amerikanischer Außenpolitik zwischen Isolationismus und multi- oder unilateralem Internationalismus äußert.

Haben sich die USA vor 1941 noch nicht dauerhaft politisch engagiert, zwangen sie die Geschehnisse nach 1945 sich weltpolitisch dauerhaft als Supermacht zu engagieren. Der Entwurf einer Nachkriegsordnung durch Truman-Doktrin, Marshall-Plan und NATO-Vertrag, der sich zuspitzende Ost-West-Konflikt und die atomare Bedrohung führten zu einer Containment-Politik und der Auffassung daß die amerikan. (Sicherheits-)Interessen auch militärisch durchzusetzen sind. Erst die Kritik am und das Scheitern des Vietnam-Krieges führten in den 70ern zu einem neuen, von Entspannungspolitik gekennzeichneten außenpolitischen Entwurf, der sog. Nixon-Doktrin. In den 80ern kam es jedoch wieder zur Abkehr von Entspannungs- und Anpassungspolitik und statt dessen zu Aufrüstung, Demonstration außenpolitischen Hegemonialanspruches aber auch zur verstärkten Konzentration auf wirtschaftliche und gesellschaftliche Problem im Inland. Ab 1990, mit dem Ende des Ost-West-Konflikts, durch Zerfall der Sowjetunion und Ost-Block-Staaten, wandelte sich der Handlungsspielraum für die USA grundlegend, denn sie sind seitdem die einzige Supermacht ohne direkte Bedrohung und mit einem Mehr an Handlungsfreiheit, ohne aber über mehr Kontrollfähigkeit zu verfügen und sind außerdem mit einer „Neuen Unübersichtlichkeit in der Weltordnung“ konfrontiert. Anfänglich liberal internationalistisches außenpolitisches Verhalten, gekennzeichnet von einem multilateralem Führungsanspruch, wandelte sich seit der Intervention in Somalia sowie den Bosnien-, Irak- und Kosovo-Konflikten zu hegemonialem Internationalismus bei gleichzeitigem Versuch, die Kosten der Weltpolitik zu reduzieren und auf Bündnispartner zu verteilen (Ökonomisierung). Die Anschläge des 11. September änderten die innenpolitischen Voraussetzungen amerikanischer Außenpolitik schlagartig, es kommt zur Entwicklung einer Anti-Terror- und nationalen Sicherheitsstrategie, und das außenpolitische Auftreten ist seitdem durch einen „selektive Multilateralismus“ unter dem Primat größtmöglicher Handlungsfreiheit gekennzeichnet, mit notfalls auch unilateralem Vorgehen.

Die amerikanische Außenpolitik wird von äußerst komplizierten Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen bestimmt, die von internen und externen Bedingungen abhängen. Getrennte und verschränkte Gewalten (checks and balances sowie shared powers), einflußreiche Institutionen und gesellschaftliche Akteure, das Entstehen eines gewaltigen eigenständigen Entscheidungsapparates (Sicherheits-Establishment), die vergleichsweise geringe Bedeutung von Parteien im Gegensatz zum großen Einfluß von Partikularinteressen auf die Politik und die Wichtigkeit von meinungsbildenden politisch interessierten Eliten und Denkfabriken bei gleichzeitigem Vorhandensein einer nicht sonderlich informierten breiten Masse, sind die besonders wirkenden Einflußfaktoren auf außenpolitische Entscheidungsprozesse.